Nr. 310 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 21. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lohn- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchführungszeilen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nicht verlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Brüsseler Konferenz

Um einen Ueberblick zu den deutschen Vorschlägen zu geben, ist es nötig, nochmals auf die grundlegende Rede des Staatssekretärs Bergmann zurückzukommen. Er sagte:

„Nach Ablauf des Spa-Abkommens müssen die Mengen der späteren Lieferungen geregelt werden. Dabei seien zwei Punkte zu berücksichtigen: Einmal müssen, welche von Deutschlands wirtschaftlicher Fähigkeit abhängen, und zweitens die Preise, die in vernünftiger Weise festzulegen seien. Dann käme in Frage die Lieferung von Arbeitskräften und Farbstoffen, welche gleichfalls durch Vereinbarung geregelt sei und zufriedenstellend vonstatten ginge. Es blieben nur noch die Leistungen nach Annex 4, welche ein ganz besonderes Interesse nicht nur für Frankreich und England, sondern auch für Deutschland hätten. Es handle sich um die Materiallieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Deutschland sei entschlossen, soweit es ihm irgend möglich sei, dabei mitzuarbeiten. Geld habe Deutschland nicht, aber es habe seine Arbeit und die Erzeugnisse seiner Industrie. Deutschland sei bereit, an jeder praktischen Lösung mitzuarbeiten, und hoffe, eine Verständigung erreichen zu können, mit dem Ziel eines schnellen Wiederaufbaues, der notwendig sei für die wirtschaftliche Wiederherstellung von Europa. Er sei nicht in der Lage, im Augenblick einen Plan in seinen Einzelheiten dafür zu entwickeln, aber er könne sich persönlich vorstellen, daß etwa

die deutsche Regierung einen gewissen Markkredit eröffne,

der freilich innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegen müsse, um einen Fonds zu schaffen, auf welchem französische und englische Bestellungen bei deutschen Lieferanten bezahlt werden würden. Dies würde mit den Hauptschwierigkeiten des Annex 4 aufräumen. Er meine, daß die Einzelheiten in einer besonderen Kommission festzustellen sein würden, deren Einsetzung er vorschlage. In Beantwortung einer Frage des italienischen Delegierten sagte Bergmann, daß er meine, Deutschland würde auch bereit sein, die Möglichkeit eines ähnlichen Arrangements auch mit Rücksicht auf die zerstörten Gebiete von Norditalien zu erwirken.

Staatssekretär Bergmann gab dann die Versicherung ab, daß Deutschland die Entschädigung in Geld beginnen würde, sobald es wieder Gleichgewicht in sein Budget gebracht und eine vernünftige Verbesserung und Stabilisierung des deutschen Geldwertes erreicht habe, aber er erklärte, es würde nicht ehrlich und offen gesprochen sein, wenn er nicht auch auf die Hindernisse hinweisen würde, die sich ihm entgegenstellen. Zunächst die Frage der Besatzungskosten. Vierzehnhalb Milliarden seien bereits dafür bezahlt, und man glaubt, daß im laufenden Geschäftsjahr die gesamten Kosten sich bis auf 15 Milliarden Mark belaufen würden. Er fürchte, daß der Gesamtbetrag dieser Kosten den größten Teil der Summe aufzehren würde, die Deutschland zahlen könne. Er müsse sogar befürchten, daß diese Kosten an sich schon die mögliche Jahreszahlung übersteigen."

Staatssekretär Bergmann geht also davon aus, daß angesichts der zerrütteten Finanzlage Deutschlands bis auf weiteres die Sachleistungen Deutschlands für die Zwecke der Wiedergutmachung in den Vordergrund gestellt werden müßten. Erst wenn eine Ausgleichung im Staatshaushalt und eine Festigung des Markkurses eingetreten sei, werde mit Zahlungen in Gold begonnen werden können, und auch nur dann, wenn die Besatzungskosten ermäßigt würden und Oberschlesien deutsch bliebe.

In den Darlegungen Bergmanns gab Staatssekretär Schröder noch Ergänzungen auf finanziellem Gebiete. Er sagte in der Kommission für Sachgutmachung, die deutsche schwebende Schuld hat sich von April 1919 bis Ende November 1920 mehr als verdoppelt und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum 1. April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren wird. Der Papiergeldumlauf ist im letzten Jahre um 20,5 Milliarden gestiegen. Staatssekretär Schröder teilte weiter mit, daß die Steuereinnahmen erheblich befriedigender geworden sind. Die Einkommensteuer hat sich seit Einführung des Abzuges von 10 Prozent von allen Einkommen vervierfacht. Es ist nach Staatssekretär Schröders Ansicht immerhin einige Hoffnung gegeben, daß der ordentliche Etat in diesem Etatsjahre wieder balanciert. Das Defizit der Eisenbahn und Post mit 20 Milliarden erklärte Staatssekretär Schröder vor allem mit den ungeheuren Kosten der Löhnung, des im Kriege abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller laufenden Sachkosten, daneben mit der Steigerung der Gehälter und Löhne. Für 1922 rechnet er mit einer Verminderung des Defizits. Dagegen ist Deutschland bisher für die Bezahlung des privaten Lieferanten für aus dem Friedensvertrag zu tätigenden Leistungen auf die Notenpresse angewiesen, ein Zustand, der nur mit Hilfe der Alliierten beseitigt werden kann.

Zuvor schon hatte Reichsbankpräsident Havenstein kein geringes Aufsehen erregt, als er mitteilte, er zahlen, die Deutschland auf der Brüsseler Finanzkonferenz im Sommer d. J. über seine Handelsbilanz geben habe, seien falsch gewesen. Nach den damaligen Angaben sollte Deutschland in den Monaten April und Mai einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr in der Höhe von mehr als 1½ Milliarden Mark gehabt haben, im April fast 600 Millionen und im Mai 1100 Millionen. In der Zwischenzeit habe man neue Berechnungen angestellt, und dabei gefunden, daß

Deutschland im ersten Halbjahre 1920 eine Unterbilanz von 16 Milliarden Mark zu verzeichnen habe,

daß also der monatliche Fehlbetrag im Außenhandel 6 Milliarden betrage. Aber selbst diese Zahlen dürften nur die vorläufige Unterbilanz bedeuten, denn es werde sich später zeigen, daß die Einfuhr monatlich nicht nur um 6 Milliarden, sondern um 7 oder vielleicht gar um 8 Milliarden Mark höher gewesen sei als die Ausfuhr.

In diesen Darlegungen der deutschen Delegierten werden bereits französische Stimmen laut, die natürlich in ablehnendem Sinne lauten:

⊕ Genf, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet zu den Reden der deutschen Delegierten in Brüssel: Die genaue Höhe der Wiedergutmachung, wie sie die Deutschen verlangen, schon jetzt anzugeben, ist noch nicht möglich. Der Wiederaufbau erstreckt sich auf einen Zeitraum von sechs Jahren, in dem alle Preise sich verschieben können. Auch kann aus der behaupteten deutschen Zahlungsunfähigkeit gefolgert werden, daß die Deutschen die Wiedergutmachung überhaupt nicht mehr in der leisten können.

Vollkommen ablehnend scheint sich die französische Regierung verhalten zu wollen, wie man aus nachstehender Meldung ersieht:

⊕ Basel, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Anzeiger" aus Paris meldet, hat Leygues seine Mitteilungen in der Kammer über Brüssel in der Kammerkommission für Auswärtiges dahin ergänzt, daß er die deutschen Wünsche in Brüssel als unannehmbar für Frankreich ablehne. Auch gegen eine internationale Finanzaktion für Deutschland sprach sich der französische Ministerpräsident aus.

Am Sonnabend sind unterdessen die Verhandlungen in Brüssel weitergeführt worden.

Der deutsche Sachverständige Ministerialdirektor Le Suire erklärte, Deutschland könne nur existieren, wenn seine Ausfuhr die Einfuhr übersteige. Deshalb sei Deutschland gezwungen, seine Einfuhr auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken. Weiter müsse es den internen Verbrauch seiner eigenen Produktion herabsetzen, um so viel wie möglich von seinem Export zu erübrigen. Deutschland hat die Verpflichtung, den Alliierten Meistbegünstigungen zu gewähren, ohne dieselbe Meistbegünstigung von seitens der Alliierten zu erhalten. Infolgedessen sei es nicht mehr in der Lage, beim Abschluß von Handelsverträgen dem Vertragsgegner irgendwelche Vorteile zu bieten. Präsident Delacroix bat, die Wünsche der deutschen Delegierten genauer zu präzisieren. Ministerialdirektor Le Suire entgegnete darauf, wenn die Konferenz konkrete Anregungen bezüglich der

Klauseln des Friedensvertrages über die Meistbegünstigung

wünsche, so würden die deutschen Delegierten sie unverzüglich vorbereiten.

Sodann äußerte sich Dr. Melchior über die Liquidation des deutschen Eigentums im Ausland dahin, daß sie zu den wichtigsten Punkten gehöre, die die Voraussetzung für die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen bilden. Der Wert dieses deutschen Eigentums beziffere sich auf über 9 Milliarden Goldmark nur für die auf der Konferenz vertretenen Länder. Die Einbehaltung dieser sämtlichen Werte dürfte für das Deutsche Reich eine

Entschädigungspflicht von 90 Milliarden Mark Papiergeld bedeuten

Er würde es schon für einen sehr bedeutenden Fortschritt halten, wenn die Alliierten anerkennen würden, daß derartige Maßnahmen, soweit sie noch nicht durchgeführt seien, unterbleiben, und Güter, welche sequestriert, aber noch nicht liquidiert seien, in natura zurückgegeben werden. Bei schon erfolgter Liquidation sei der erzielte Gegenwert zurückzuerstatten.

Nachdem die deutsche Delegation sich zurückgezogen hatte, haben die Delegierten der Alliierten bestimmte Persönlichkeiten aus ihrer Mitte damit beauftragt, von den Vertretern Deutschlands nähere Einzelheiten über einige der Punkte zu beschaffen, die im Verlaufe der Sitzung zur Sprache gekommen sind.

Die Konferenz vertagte sich sodann auf Montagnachmittag. Sie wird dann die Berichte anhören, welche ihr von verschiedenen Delegierten werden erstattet werden über die Unterhaltungen, zu denen sie Auftrag erhalten haben.

•

Keine Beschlüsse

⊕ Genf, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Brüssel: In der Sonntagssitzung der alliierten Delegationen einigte man sich, in Brüssel keine Beschlüsse zu fassen. Der bloße informatorische Charakter der Brüsseler Besprechung soll streng eingehalten werden.

•

Die Lasten Deutschlands

⊕ Genf, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Petit Journal" meldet: Am Finanzausschuß gab Marshall bekannt, daß bis zum 1. Dezember für Arbeiten im Wiederaufbaugebiet von Frankreich 7½ Milliarden Franken zu Lasten der deutschen Wiedererstattung verausgabt wurden. Ebenfalls zu Lasten Deutschlands wurden bis zu diesem angegebenen Zeitpunkt an Unterstützungen und Pensionen von 2½ Milliarden Franken angewiesen.

•

Ein diplomatischer Zwischenfall

Das Wolffsche Bureau meldet:

Am vergangenen Mittwoch hat der französische Kammerpräsident Peret dem Pariser diplomatischen Korps ein Essen gegeben, zu dem auch der deutsche Botschafter geladen war. Die Pariser Blätter berichten nun von einem Zwischenfall, der sich bei diesem offiziellen Essen ereignet hat.

Der amerikanische Botschafter Wallace und der deutsche Botschafter Dr. Mayer seien geladen gewesen. Da der amerikanische Botschafter der einzige Teilnehmer gewesen sei, mit dem der deutsche Botschafter noch keine Beziehungen unterhalten habe, habe Dr. Mayer den Chef des Protokolls Fonquières gebeten, ihn dem amerikanischen Botschafter vorzustellen. Dieser habe aber auf den zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch herrschenden Kriegszustand hingewiesen und bemerkt, daß diese Vorstellung nicht erfolgen könne.

In Wirklichkeit ist der Zwischenfall auf folgendes zurückzuführen: An der Tafel war der deutsche Botschafter Dr. Mayer zur Rechten der Gemahlin des amerikanischen Botschafters placiert. Infolgedessen hielt es Dr. Mayer, den gesellschaftlichen Regeln entsprechend, für angebracht, den Chef des Protokolls zu ersuchen, ihn dem amerikanischen Botschafter vorzustellen, damit dieser ihn, den deutschen Botschafter, seiner Gemahlin vorstelle. Das Verhalten des amerikanischen Botschafters muß um so mehr auffallen, als alle übrigen Persönlichkeiten sich dem deutschen Botschafter in höflichster Weise vorstellten.

Die Heimkehr Konstantins

⊕ Genf, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Secolo" meldet aus Athen: König Konstantin ist am Sonntag nachmittag unter ungeheurem Jubel in Phaleron gelandet. Bei dem Einlaufen der Schiffe in den Hafen kam es zu Szenen der gewaltigsten nationalen Begeisterung. Die Mitglieder der Entente-Gesandtschaft waren beim Empfang nicht vertreten. Nach halbstündigem Aufenthalt in Phaleron trat der König mit der Familie und der Regierung die Weiterfahrt nach Athen an.

Polens Niederbruch

Es will den Polen nichts mehr glücken. Weder die Verhandlungen in Riga mit Sowjetrußland, noch die mit Litauen führten bisher zu dem Polen so dringend notwendigen Frieden. Die Russen ziehen die Verhandlungen ganz offenbar in die Länge, und man hat den Eindruck, daß bald der Augenblick gekommen sein wird, in dem Moskau die nur zum Scheine geführten Verhandlungen abbricht. Neuerdings hat der vielgenannte Sowjetdiplomat Joffe den Polen eine in recht drohendem Tone gehaltene Note übergeben, in der die polnischen Truppenzusammenziehungen im Gebiete des Generals Zeligowski als eine Gefahr für Rußland bezeichnet und den Polen eine Verletzung des Vorfriedens vorgeworfen wird. Umgekehrt behaupten die Polen daß Moskau sich durch diesen Vorfrieden verpflichtet hätte, auf jede Einmischung in die Wilnaer Angelegenheiten zu verzichten. Eine Möglichkeit der Verständigung scheint es bei so entgegengesetzten Auffassungen kaum mehr zu geben, und Joffe kann in jedem Augenblick, in dem es ihm gefällt, die Verhandlungen als aussichtslos abbrechen. Er wird es tun, wenn Lenin und Trotzki die Zeit für gekommen erachten. Der Ton, der aus den Noten Sowjetrußlands herausklingt, ist heute ein ganz andrer als damals bei den Friedensverhandlungen. Moskau behandelt die Polen jetzt wieder von oben herab. Das beweist, daß man dort die Lage Polens für schlechter hält als die eigene, und daher kein Friedensbedürfnis mehr fühlt.

Polens finanzieller und wirtschaftlicher Niederbruch, der das verelendete Land unrettbar dem Bankrott entgegentreibt, kann in der Tat heute kaum mehr verborgen bleiben. Die polnische Regierung richtet ihre hilfesuchenden Blicke nach Amerika. Aber das wird nur helfen gegen Verpfändung der Eisenbahnen des gesamten Landes. Man scheint in Polen bereits entschlossen zu sein, zu diesem verzweifelten Mittel eines völlig bankrotten Staatswesens zu greifen. Aber nach dem betrübten Eingeständnis des Leiters der polnischen Finanzen hat sich bis jetzt kein amerikanisches Bankkonsortium gefunden, das bereit wäre, das polnische Eisenbahndefizit zu beleihen.

Der Kurs des polnischen Geldes nähert sich mit Riesenschritten dem Nullpunkt und dürfte bald mit dem des Sowjetrubels in Wettbewerb treten. Nur fehlen Polen die riesigen Reichtümer, die Rußland wenigstens nach Beseitigung der jetzigen Mißwirtschaft eine bessere Zukunft sichern. Aber für die polnische Mark fehlt jede Grundlage einer besseren Bewertung für die Zukunft.

In Polen selbst verursacht dieses dauernde Sinken der polnischen Valuta natürlich wachsende Erregung. Ist doch damit ein ungeheures Steigen aller Preise und Löhne notwendig verbunden. Ein einfaches Beispiel zeigt, wie sehr auch Polen hier dem russischen Nachbar nacheifert. Die polnischen Postbeamten drohen mit dem Streik, wenn ihnen nicht eine Erhöhung des Mindestgehaltes von 3000 auf 7500 M. monatlich gewährt werde. Das sind papierne Gehälter, wie man sie bisher nur aus Sowjetrußland gehört hat. Inzwischen setzen die nationalen Parteien Polens ihre letzte Hoffnung auf Oberschlesien. Man ruft in der polnischen Presse nach einem Militärbündnis mit Frankreich, das den Polen aus Haß gegen Deutschland Oberschlesien in die Hände spielen soll. Gelingt der saubere Plan, dann wird man auch die oberschlesischen Bahnen und die oberschlesischen Bergwerke an die amerikanischen Kapitalisten verpfänden, und diese werden natürlich ein besseres Pfandobjekt sein, als die mit einem Milliardendefizit arbeitenden polnischen Eisenbahnen.

Wenn alle Oberschlesier wüßten, was ihrem schönen Lande, ihren Naturreichtümern, ihren industriellen und Verkehrsanlagen durch Verpfändung an das amerikanische Kapital droht, falls Oberschlesien etwa an Polen kommen sollte, dann würde sich wohl auch mancher polnisch gesinnte Abstimmungsberechtigte seine Stimmenabgabe reiflich überlegen. Leider hat es das heute in Oberschlesien herrschende Regiment verstanden, der Masse der oberschlesischen Bevölkerung noch immer die wahre Lage Polens zu verheimlichen oder wenigstens ihr die ganze traurige Wahrheit vorzuenthalten.

•

Die Rigaer Verhandlungen

⊡ Warschau, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In Riga übergab Joffe den polnischen Delegierten eine neue Note, die die Truppenzusammenziehung im Gebiet des Generals Zeligowski als eine Gefahr für Sowjet-Rußland bezeichnet und darin eine Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages sieht. Polen hat die erste Note in dieser Frage bekanntlich mit dem Hinweis beantwortet, Rußland habe sich nach den Bedingungen des Vorfriedens nicht in die Wilnaer Angelegenheiten zu mischen.

§ Riga, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Bei den Entschädigungsverhandlungen lehnten die Russen die Rückgabe der 1915 evakuierten Maschinen ab. Es könne nur von einer Geldentschädigung gesprochen werden.

Die Moskauer Weltrevolutionspläne

O. K. Reval, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Eine eben aus Moskau eingetroffene vertrauenswürdige Persönlichkeit, die zu führenden Moskauer Kreisen in geschäftlichen Beziehungen steht, teilt mit, daß die Führer des Kommunismus, mit Lenin an der Spitze, wie auch früher, jetzt auf dem Standpunkt verharren, daß der Sieg des Kommunismus von der Weltrevolution abhänge, und diese wiederum durch den Ausbruch der Revolution in Deutschland bedingt werde. Um den Ausbruch der Revolution in Deutschland hervorzurufen, oder zu beschleunigen, tritt neuerdings eine gewichtige Strömung in Sowjetkreisen dafür ein, den direkten Kontakt mit Deutschland zu erzwingen. Dazu müsse der Krieg gegen Polen wieder aufgenommen werden, in welchem Polen jetzt unbedingt unterliegen müsse. Gleichzeitig habe man Vorbereitungen zu treffen, um den Umsturz in Lettland, auf den die lettischen Sozialdemokraten hinarbeiten, und einen Putschversuch, den die Kommunisten und Unabhängigen in Estland planen, wirksam zu unterstützen.

•

Bolschewistische Agenten

zg. Berlin, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Hier sind acht bolschewistische Agenten, die mit gefälschten Pässen über die Grenze gekommen waren, polizeilich festgenommen worden.

Die internationale Geldfrage

Von Kammerpräsident Dr. Kleefeld

Die Ausführungen des bekannten Volkswirts und Politikers gewinnen gerade in diesen Tagen der Brüsseler Verhandlungen eine besondere Bedeutung.

Zwei große Probleme bilden den Kernpunkt der Politik der meisten Kulturstaaten der Erde: es ist die Wirtschaftsfrage und die Finanzfrage. Nicht überall hat sich die klare Erkenntnis durchgerungen, daß die Finanzen nur den Zeiger des Barometers bilden, während die Wirtschaft das Uhrwerk darstellt. Ohne Lösung des Wirtschaftsproblems sind daher auch die Finanzen nicht in Ordnung zu bringen. Die verschiedenen Lehren und Grundsätze der nationalökonomischen Wissenschaft, die sich mit der Frage beschäftigen, wie der Wohlstand der Nationen zu fördern sei, bilden heute in der Hauptsache kein Kampffeld mehr. Es ist nicht die Industrie allein, es ist nicht die Landwirtschaft, es ist nicht der Handel oder der Verkehr, die Gunst oder Ungunst der Finanzfrage der Völker entscheidend beeinflussen. Dies geschieht allein durch die Arbeit der Völker, indem sie sich auf die natürlichen Hilfsquellen unter Berücksichtigung der geographischen und ethnographischen Zustände ihres Landes stützen.

Will man also die Welt im Sinne des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts auf allen Gebieten entscheidend befruchten, so muß ein System organischer Produktionsförderung auf allen Gebieten der Wirtschaft Platz greifen. Das heutige Valutaelend, das in Wirklichkeit auch ein Elend für die Staaten mit gesunder Währung bedeutet, ist im Kernpunkt eine Reaktion gegen über Produktionsverminderung und Arbeitsrückgang.

Die Staaten mit gesunkener, unterwertiger Valuta erleben eine ungeheure Erschütterung ihrer Produktionsgrundlagen. Angesichts der gesteigerten heimischen Produktionskosten unter Berücksichtigung des Umstandes der Verarbeitung teurer ausländischer Rohstoffe können Staaten, die unter erheblicher Wertminderung ihres Geldes zu leiden haben, überhaupt nur exportieren nach Ländern, die im Verhältnis zur eigenen Valuta eine möglichst hochstehende Währung besitzen. Die geringste Schwankung dieser Währung nach unten wirft jede Kalkulation des Produzenten über den Haufen und macht somit einen geregelten Export zur Unmöglichkeit.

In gleicher Weise werden aber auch die Staaten mit gesunder Währung in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung aus der Tatsache ihrer gesunden Finanzen heraus auf das schwerste betroffen. Es muß überall der Moment eintreten, wo Lieferungen aus diesen Staaten in solche mit kranker Valuta nicht mehr möglich sind, da diese Produkte einfach nicht mehr bezahlt werden können. Keiner der großen industriellen, intensiv arbeitenden Wettstaaten kann aber auch seinerseits ohne Güteraustausch und Export ohne erhebliche Erschütterung des eigenen Wirtschaftskörpers auf die Dauer leben. Es wird in der Tat das Valutaelend der im Weltkrieg unterlegenen Staaten auch zu einer ungeheuren Kalamität für die Wirtschaft der Siegerstaaten selbst.

Die Weltkatastrophe von 1914 hat es mit sich gebracht, daß eine Erstarrung und Verelendung der Staaten auf dem Kontinent überall sehr stark gefühlt wird. Die Symptome dieser Verwesung sind auch in England und Amerika sehr wohl zu merken, und man muß sich darüber klar werden, daß der Beharrungszustand dieser Not, wohin nach der Beendigung des Weltkrieges die Staaten und Völker treiben, wohl in seinen Grundzügen schon jetzt geahnt, in seiner vollen Auswirkung aber vielleicht erst in zehn Jahren konstatiert werden kann.

Soll nicht die gesamte Produktion der Erde mit gewaltigen Folgen für Glück und Zukunft des Menschengeschlechts einen starken Rückgang erleiden, dann ist es in erster Linie notwendig, daß ein sozialer Weltidealismus die Siegerstaaten veranlaßt, am Wiederaufbau der Besiegten im eigenen Interesse mitzuwirken.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201221/1